



**GRÜNDE
FÜR IHR „NEIN“**

ZUR UMWERTEILUNGSINITIATIVE

Halbierung der Verteidigungsausgaben

**SCHWEIZ
OHNE
SICHERHEIT?**



U M WAS GEHT'S?

Die Ausgaben für die Landesverteidigung innerhalb von zehn Jahren zu halbieren, und zwar auf die Hälfte des Budgets von 1987: das fordert die Umverteilungsinitiative (UMVI). Die Gelder, die beim Schutz der Bevölkerung vorenthalten würden, wären indessen nicht wirklich gespart, sondern würden nur umverteilt. Nach dem Willen der Initianten aus Kreisen um die SPS und

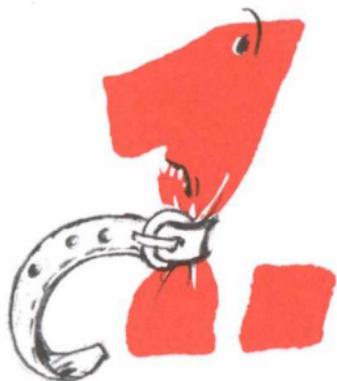
der Armeegegner wären sie zu einem Drittel für zusätzliche internationale Friedenspolitik zu verwenden und die anderen zwei Drittel nach dem Ermessen der Eidgenössischen Räte zu verteilen.

Der geforderte Aderlass geht an die Substanz. Mit der Konsequenz, dass die Armee zu schmalbrüstig wird, um die Bevölkerung im Kriegsfall oder bei politischem Terror glaubwürdig zu schützen und bei Katastrophen effizient zu helfen. Das ist durchaus Absicht: das erklärte Ziel der Initianten der UMVI ist letztlich die Abschaffung der Armee. Seit 1992 haben sie dazu nicht weniger als sieben Initiativen lanciert. Ohne sich in ihrem Bestreben durch die entschiedenen Nein des Parlaments oder die deutlichen Absagen des Souveräns im geringsten beirren zu lassen.

Was auf direktem Wege oder über Umwege wie die Initiative gegen die Beschaffung der F/A18-Flugzeuge oder gegen die Waffenplätze nicht gelungen ist, wird jetzt in der Tarnung mit dem Schafspelz versucht. Mit internationaler Friedensarbeit über Kanäle, die der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entzogen sind, wird diese Politik zulasten unserer Sicherheit indessen keinen Deut besser. Im Gegenteil. Sie beraubt uns verfassungsmässig jeder Flexibilität. Und verbaut uns so die Möglichkeit, auf Bedrohungen oder Druckversuche angemessen zu reagieren.

SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB EIN KLARES „NEIN“

zur Umverteilungsinitiative
am 26. November



**SCHWEIZ
OHNE
SICHERHEIT?**

Nein!

NOCH MEHR SPAREN GEHT AN DIE SUBSTANZ!

Die Ausgaben für die Landesverteidigung belaufen sich dieses Jahr auf 5 Milliarden Franken. Das sind 10,9 % des gesamten Bundesbudgets. Vor zehn Jahren waren es noch 19,1 % und 1960 sogar über 34 %. In der gleichen Zeit haben die Ausgaben für andere Aufgaben explosionsartig zugenommen. Stellt man auf den Finanzplan ab, sind das im Zeitraum 1990-2003 rund 21 Milliarden Franken oder 68 % mehr. Demgegenüber ist das Verteidigungs-Budget laufend abgespeckt worden. Seit 1987 um nicht weniger als 24 %. In Franken sind das teuerungsbereinigt fast 1,2 Milliarden. Weitere Abstriche gehen auf Kosten der Substanz - und damit der nationalen Sicherheit!

**JETZT
AUCH
NOCH
VON DER
SUBSTANZ ZEHREN?
WOHL KAUM!**

**SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative



FÜR DEN NOTFALL BEREIT BLEIBEN!

Mit dem Fall der Berliner Mauer vor elf Jahren und dem Ende des Kalten Krieges hat sich politisch - namentlich in Europa - viel verändert. Sicherer wurde die Welt indessen kaum. Der Frieden ist zerbrechlich wie eh und je. Das hat sich im Golfkrieg gezeigt, aber auch bei Bürgerkriegen, die viele Länder jüngst in grosses Elend gestürzt haben. So etwa in Jugoslawien, bloss anderthalb Flugstunden von hier. Die heutigen Bedrohungen erfordern andere Antworten, als das in den Jahrzehnten des Ost-West-Konflikts der Fall war. Auf der politischen wie der militärischen Ebene. Trotzdem bleibt der Rückhalt einer starken Armee unerlässlich, um sich im Notfall wehren zu können.

**DER
FRIEDEN
ERLAUBT KEINE
HALBEN SACHEN!**

**SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative

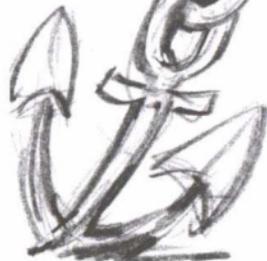
SCHWEIZ
OHNE
SICHERHEIT?

Nein!

3.

„VORSICHT IST...“

„Vorsicht ist“, wie das Sprichwort sagt, „die Mutter der Porzellankiste“. Und weil der Frieden ebenso brüchig ist wie Porzellan, bleibt nach den Erfahrungen mit zwei Weltkriegen und der Bedrohung des „Kalten Krieges“ Vorsicht angezeigt. Und sei es nur, um für den Fall einer überraschenden Wende gerüstet zu sein. Das spricht in keiner Weise dagegen, dass wir uns gleichzeitig bei der Friedenssicherung engagieren. So wie das etwa bei den UNO-Aktionen im Kosovo und Bosnien, in Kongo/Kinshasa oder Korea bereits der Fall ist. „Sicherheit durch Kooperation“ entspricht einer Notwendigkeit, die wir als Mitglied der Völkergemeinschaft voll und ganz befürworten können.



**BLEIBEN
WIR
REALISTISCH!**

**SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative



INTERNATIONAL GLAUBWÜRDIG BLEIBEN!

Mit diplomatischen oder politischen Mitteln allein lässt sich der Frieden nicht garantieren. Ebenso unerlässlich ist, wie Beispiele aus Ländern des früheren Ostblocks zeigen, die militärische Absicherung. Glaubhaft ist diese allerdings nur, wenn sie genügend dotiert und auch technisch auf der Höhe ist. Alles andere wirkt unglaubwürdig und lässt ein Land für seine Nachbarn zum Sicherheitsrisiko werden. Der Schweiz erwachsen deshalb durch die UMVI zusätzliche Risiken. Mit der Halbierung unserer Verteidigungsausgaben werden ihr die Mittel vorenthalten, um die Unabhängigkeit des Landes zu verteidigen und im Ernstfall für die richtige Antwort zu sorgen. Auf die Gefahr hin, dass andere an unserer Stelle in ihrem Sinne handeln!

**WIR
GEBEN**

**DAS HEFT NICHT SICHERHEIT GEHT VOR.
AUS DEN HÄNDEN. DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative

**SCHWEIZ
OHNE
SICHERHEIT?**

Nein!



HIGH-TECH ZUM AUSGLEICH FÜR WENIGER MANPOWER!

Das Konzept der Armee XXI trägt der veränderten sicherheitspolitischen Lage in Europa Rechnung. Es zieht mit umfassenden Reformen die Konsequenzen, die sich durch die wirtschaftlich-technische Entwicklung und die Abnahme der Bevölkerung ergeben. Um die deutlich niedrigeren Bestände auszugleichen, muss die Armee aber moderner und leistungsfähiger werden. Das setzt entsprechende Investitionen voraus und hat seinen Preis. Mit der UMVI würden die Mittel verfassungsmässig auf unverantwortlich tiefem Niveau blockiert. Die Armee wäre damit nicht mehr in der Lage, ihren Auftrag zuverlässig zu erfüllen.

**OHNE
HIGH-TECH
KEIN
WIRKSAMER
SCHUTZ
DES LANDES.**

**SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative

PERSONAL-ABBAU AUF KOSTEN DER SICHERHEIT!

Mit der UMVI wird der Bund verpflichtet, einen Konversionsfonds von einer Milliarde Franken zu öffnen. Mit diesem Geld

sollen die Umstrukturierung gefördert und die Umschulungen unterstützt werden. Die Initianten rechnen mit bis zu 12'000, die ihren Arbeitsplatz verlieren, wenn die Initiative angenommen wird. Ein solcher Aderlass ist sinnlos, nachdem das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) im Laufe der letzten Jahre bereits über 7'500 Stellen sozialverträglich abgebaut hat. Zudem sind mit der Privatisierung der Rüstungsbetriebe die Voraussetzungen geschaffen worden, dass sie sich zusammen mit ihren vielen Zulieferanten aus Industrie und Gewerbe schrittweise und kontrolliert den neuen Gegebenheiten anpassen können.

**DER
KONVERSIONSFONDS BIETET KEINE GEWÄHR
FÜR SOZIALVERTRÄGLICHE
LÖSUNGEN. DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative





AUCH IM KATASTROPHENFALL EINSATZBEREIT!

Zusammen mit dem Zivilschutz hat sich die Armee im Laufe der letzten Jahre immer wieder auch als Katastrophenhelfer bewährt. Ganz im Sinne der Aufträge, die ihr die Bundesverfassung überbindet. So etwa bei Ordnungs- und Sicherungsdiensten im Zusammenhang mit internationalen Konferenzen. Vor allem aber auch im Lawinenwinter 1999, beim Aufräumen der durch „Lothar“ verursachten Waldschäden oder bei Hochwasser-Einsätzen. Wann immer die zivilen Behörden überfordert waren und die Kantone um Hilfe riefen. Die über 420'000 Dienstage, die 1999 für solche Einsätze geleistet wurden, zeigen ganz klar: auf Armee und Zivilschutz ist in der Not Verlass. Auf ihre Hilfe wollen wir nicht verzichten.

**HILFE
BEI
KATASTROPHEN
ERFORDERT
BEWÄHRTE LEUTE.**

**SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative



WIR WEHREN UNS GEGEN DIE WEITERE SCHWÄCHUNG DER WEHRPFLICHT!

In einem Punkt sind die geistigen Väter der UMVI unmissverständlich: im Ruf nach einer Berufsarmee, die aus 15'000 jugendlichen Freiwilligen rekrutiert würde. Ob eine solche Schweiz noch glaubhaft ist und im Konfliktfall ernst genommen wird? Trotz massiver Kürzungen rechnet das Konzept der Armee XXI noch mit 100'000 bis 120'000 Personen. Gegenüber früher mit bis zu 600'000 Mann sind das zwar sehr viel weniger. Dank dem Rückhalt im Milizsystem können jedoch im Notfall weiterhin kurzfristig sehr viel mehr Leute aufgeboten werden. Das ist einer der grossen Vorteile der schweizerischen Lösung, um die uns das Ausland immer wieder beneidet. Er erlaubt die durch die Kleinheit des Landes rein zahlenmässig bedingte Unterlegenheit wenigstens zum Teil wettzumachen.

**WIR
LASSEN
UNS
KEIN X FÜR EIN U
VORMACHEN.**

**SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative

STUEGELDER ÜBER UNKONTROLLIERTE KANÄLE VERSCHENKEN ?

Wie heisst es doch im Volksmund: Geschenke erhalten die Freundschaft. Ob das der Grund ist, dass 600 Millionen Steuerfranken für „zusätzliche internationale Friedenspolitik“, wie es in der Initiative wörtlich verlangt wird, so grosszügig verteilt werden sollen? Und darüber hinaus nochmals zwei Mal 600 Millionen, insgesamt also 1,8 Milliarden Franken, über deren Einsatz das Parlament zu befinden hätte. Mit der UMVI wird also nur an der Sicherheit gespart. Sonst aber keinen Rappen! Das Nein zur Umverteilung schliesst gezielte Hilfe nicht aus, wie das die mehr als 1'600 Millionen Franken beweisen, welche die Schweiz schon heute Jahr für Jahr für Entwicklungshilfe und Friedensoperationen ausgibt!



**MIT
STEUERN
FINANZIERTE GESCHENKE ?
WOHL KAUM.**

**SICHERHEIT GEHT VOR.
DESHALB „NEIN“**

zur Umverteilungsinitiative



**VORSORGE FÜR
DEN ERNSTFALL,
AUCH WENN
WIR HOFFEN,
DASS ER NIE EINTRIT!**

Mit der Armee ist es wie mit der Feuerwehr. Ob sie schnell genug und leistungsfähig ist, zeigt sich erst, wenn's brennt. Und weil niemand vor dem Feuerteufel sicher ist, wird sie auch niemand abschaffen wollen, nur weil sie über Jahre nie ausrücken musste. Das ist mit der Armee im Grunde genommen nicht anders. Auch diesen Ernstfall wünscht sich kein vernünftiger Mensch. Im Gegenteil! Und trotzdem versteht sich eigentlich von selbst, dass sie personell und technisch mit den erforderlichen Mittel ausgerüstet wird, um ihren Auftrag zu erfüllen. Das heisst die Grenzen zu verteidigen, Land und Leute zu schützen. Alles andere ist verantwortungslos.

**DIE UMVI
VERDIENT
EINE KLARE ABFUHR.
MIT EINEM ENTSCHEIDENEN**

Nein

am 26. November

146 KOMITEEMITGLIEDER SIND GEGEN DIE UMVERTEILUNGSINITIATIVE

SCHWEIZ
OHNE
SICHERHEIT?
Nein!

Aargau: NR Christine Egerszegi-Obrist, NR Melchior Ehrler, NR Ulrich Fischer, NR Ulrich Giezendanner, NR Walter Glur, NR Doris Leuthard Hausin, NR Hans Ulrich Mathys, NR Ulrich Siegrist, NR Christian Speck, NR Luzi Stamm, SR Thomas Pfisterer, SR Maximilian Reimann

Appenzell-Innerrhoden: NR Arthur Loepfe, SR-Präsident Carlo Schmid-Sutter

Appenzell-Ausserrhoden: NR Jakob Freund, SR Hans-Rudolf Merz, NR Dorle Vallender

Bern: NR Käthi Bangerter, SR Christine Beerli, NR Remo Galli, NR Ursula Haller-Iseli, NR Bernhard Hess, NR Rudolf Joder, NR Simon Schenk, SR Samuel Schmid, NR Walter Schmied, NR Johann Niklaus Schneider, NR-Präsident Hanspeter Seiler, NR Marc Suter, NR Pierre Triponez, NR Christian Waber, NR Hansruedi Wandfluh, NR Kurt Wasserfallen, NR Hermann Weyeneth

Basel-Landschaft: NR Caspar Baader, SR Hans Fünfschilling, NR Hans Rudolf Gysin, NR Rudolf Imhof, NR Paul Kurrus

Basel-Stadt: NR Jean Henri Dunant, NR Christoph Eymann, NR Johannes Randegger

Freiburg: SR Jean-Claude Cornu, SR Anton Cottier, NR Jean-Paul Glasson, NR Hubert Lauper, NR Thérèse Meyer

Genf: NR Madelaine Bernasconi, NR Jacques-Simon Eggly, NR Jean-Philippe Maitre, NR Barbara Polla, SR Françoise Saudan, NR Jean-Claude Vaudroz

Glarus: SR Fritz Schiesser

Graubünden: NR Duri Bezzola, SR Christoffel Brändli, NR Brigitta M. Gadiant, NR Hansjörg Hassler, SR Theo Maissen

Jura: SR Pierre Paupe

Luzern: NR Heinrich Estermann, NR Josef Kunz, NR Otto Laubacher, NR Josef Leu, SR Helen Leumann, NR Ruedi Lustenberger, NR Georges Theiler, NR Karl Tschuppert, SR Franz Wicki

Neuenburg: SR Michèle Berger, NR Claude Frey, NR Rémy Scheurer

Nidwalden: NR Edi Engelberger, SR Marianne Slongo-Albrecht

Obwalden: NR Adalbert Durrer, SR Hans Hess

St. Gallen: NR Toni Brunner, NR Elmar Bigger, SR Erika Forster-Vannini, NR Walter Hess, NR Lucrezia Meier-Schatz, NR Theophil Pfister, NR Felix Walker, NR Peter Weigelt, NR Hans Werner Widrig

Schaffhausen: SR Peter Briner, NR Gerold Bührer, SR Rico Wenger

Solothurn: NR Elvira Bader, NR Roland Borer, SR Rolf Büttiker, NR Alex Heim, NR Peter Kofmel, NR Rudolf Steiner

Schwyz: NR Toni Eberhard, NR Peter Föhn, SR Bruno Frick, SR Toni Dettling, NR Maya Lalive d'Epinay

Thurgau: NR J. Alexander Baumann, SR Hermann Bürgi, NR Werner Messmer, NR Hansueli Raggenbass, NR Peter Spuhler, SR Philipp Stähelin, NR Hansjörg Walter

Tessin: NR Gabriele Gendotti, SR Filippo Lombardi, NR Fulvio Pelli, NR Chiara Simoneschi

Uri: SR Hansheiri Inderkum, NR Franz Steinegger

Waadt: NR Yves Christen, NR Jean Fattebert, NR Charles Favre, NR Yves Guisan, SR Christiane Langenberger-Jaeger, NR Claude Ruey, NR Marcel Sandoz, NR René Vaudroz

Wallis: NR Charles Albert Antille

Zug: SR Peter Bieri, NR Peter Hess, NR Hajo Leutenegger, NR Marcel Scherer, SR Rolf Schweiger

Zürich: NR Ruedi Aeschbacher, NR Max Binder, NR Christoph Blocher, NR Walter Bosshard, NR Lisbeth Fehr, NR Hans Fehr, NR Walter Frey, NR Felix Gutzwiller, NR Trix Heberlein, NR Rolf Hegetschweiler, SR Hans Hofmann, NR Hans Kaufmann, NR Robert Keller, NR Ueli Maurer, NR Erich Müller, NR Lili Nabholz-Haidegger, NR Ulrich Schlüer, NR Jürg Stahl, SR Vreni Spoerry, NR Rosmarie Zapfl-Helbling

**SCHWEIZ
OHNE
SICHERHEIT?**
Nein!

Hier erhalten Sie weitere Unterlagen
und Informationen:

Schweizerisches Komitee
„Nein zu einer Schweiz ohne Sicherheit“
Sekretariat
Hegibachstrasse 47
Postfach, 8032 Zürich
Telefon: 01 / 421 35 35
Telefax: 01 / 421 34 34
E-mail: info@economiesuisse.ch
Internet: www.economiesuisse.ch oder
www.umverteilung.ch